

Aspekte der Sozialhilfe in der Bundesrepublik Deutschland	665
Konsum tendenziell weiter steigend.....	674

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 50/88

Berlin

15. Dezember 1988

55. Jahrgang

Aspekte der Sozialhilfe in der Bundesrepublik Deutschland

Die Sozialhilfe ist das ‚letzte Netz‘ des sozialen Sicherungssystems. Einen Anspruch hat nach den Kriterien des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG)¹ derjenige, der nicht in der Lage ist, aus eigener Kraft seinen Lebensunterhalt zu bestreiten oder sich in besonderen Lebenslagen selbst zu helfen. Die Träger der Sozialhilfe, besonders die Gemeinden, klagen über die steigende Belastung ihrer Etats durch die Folgekosten der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit, die aus ihrer Sicht in die Zuständigkeit des Bundes fallen. Zu diesen hohen Folgekosten haben vor allem die Kürzungsmaßnahmen im Bereich des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) beigetragen². Im vorliegenden Bericht wird die Belastung der Gemeinden und Länder durch Sozialhilfeausgaben untersucht, ferner die Entwicklung von Sozialhilfeaufwand und Zahl der Empfänger. Dabei geht es um einen Einblick in globale Tendenzen bei Niveau und Struktur der Sozialhilfe. Den Orientierungsrahmen gibt hier die Entwicklung im Bundesgebiet insgesamt. Regionale Aspekte werden beispielhaft für die drei Stadtstaaten untersucht, deren Daten durch die amtliche Sozialhilfestatistik³ relativ gut belegt sind.

Finanzierung

Die Finanzierung der Sozialhilfe ist in den Bundesländern unterschiedlich geregelt; von einer Gesamtbetrachtung für das Bundesgebiet wird daher abgesehen.

Nach dem BSHG ist zwischen *örtlichen* Trägern — kreisfreien Städten und Landkreisen — sowie *überörtlichen* zu unterscheiden. Letztere werden von den Ländern bestimmt. In Baden-Württemberg sind es die Landeswohlfahrtsverbände, in Bayern die Bezirke, in Hessen der Wohlfahrtsverband Hessen und in Nordrhein-Westfalen die Landschaftsverbände. In den übrigen vier Flächenländern und in den drei Stadtstaaten ist das jeweilige Land der überörtliche Träger⁴.

Die Kommunen als örtliche Träger finanzieren die Sozialhilfe aus ihren Einnahmen, zu denen neben dem Anteil an der Einkommensteuer, der Gewerbesteuer sowie den Beiträgen und Gebühren auch die Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich zählen. Allerdings ist im Schlüssel für die Verteilung der Finanzausgleichs-

masse die unterschiedliche gemeindliche Belastung durch Sozialhilfe nicht berücksichtigt⁵.

Neben dem kommunalen — vertikalen — Finanzausgleich existiert auch ein interkommunaler Finanzausgleich. Betrachtungen dazu bleiben hier außer acht, da es um die Lastenaufteilung zwischen Land und Gemeinden geht.

¹ Das BSHG hat 1962 das Recht der öffentlichen Fürsorge aus dem Jahr 1924 abgelöst.

² Sozialhilfeausgaben aufgrund von Arbeitslosigkeit. Bearb.: Volker Meinhardt. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 27/1986, S. 346.

³ Die Sozialhilfestatistik basiert auf Totalerhebungen, beziehungsweise auf 20 vH-Stichprobenergebnissen für die Jahre 1981, 1983 und 1985.

⁴ Vgl. A. Prinz, Die Finanzierung der Sozialhilfe im Finanzverbund zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, in: Finanzarchiv N. F. Bd. 41 H 3 1983, S. 443.

⁵ Ausnahmen bestehen in Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern. Vgl. A. Prinz, Die Finanzierung der Sozialhilfe im Finanzverbund zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, a.a.O., S. 440.

Tabelle 1

**Gemeindeanteil¹⁾ an den Sozialhilfeausgaben²⁾
in vH**

Land	1965	1970	1975	1980	1985
Schleswig-Holstein	60,5	55,4	47,7	44,1	60,9
Niedersachsen	49,2	46,5	43,0	35,1	41,5
Nordrhein-Westfalen	96,7	98,7	98,6	95,0	96,1
Hessen	87,9	97,8	98,3	91,9	87,1
Rheinland-Pfalz	70,4	73,6	71,4	67,2	71,1
Baden-Württemberg	98,0	93,8	95,5	91,0	96,2
Bayern	86,7	82,1	86,5	83,2	85,0
Saarland	38,0	49,6	51,6	48,1	50,3

¹⁾ Einschließlich Gemeindeverbände, ohne Zweckverbände. — ²⁾ In der Abgrenzung der Finanzstatistik: Nettoausgaben abzüglich unmittelbare Einnahmen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Finanzen und Steuern, Fachserie 14, Reihe 3.3, Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, verschiedene Jahrgänge; eigene Berechnungen.

Die Gemeindeanteile an den Sozialhilfeausgaben⁶ streuen stark (Tabelle 1). Mit gut 40 vH sind die Gemeinden Niedersachsens am geringsten belastet. Es ist daher verständlich, daß Niedersachsen initiativ geworden ist, um einen Teil der Sozialhilfeausgaben auf den Bund zu übertragen⁷. Ebenfalls niedrige Quoten weisen die Gemeinden des Saarlandes und Schleswig-Holsteins auf. Dort übernimmt das Land die Kosten der überörtlichen Träger. Der Anstieg des Gemeindeanteils in Schleswig-Holstein im Jahr 1985 ist mit einer teilweisen Verlagerung der Aufgaben des überörtlichen Trägers (Land) auf den örtlichen Träger (Gemeinde) zu erklären. In Rheinland-Pfalz wird zwar das Land als überörtlicher Träger bestimmt, aber die Gemeinden haben sich zu 50 vH an den Kosten des überörtlichen Trägers zu beteiligen. Daher ist es nicht verwunderlich, daß der Anteil der Gemeinden rd. 70 vH beträgt. Die Gemeinden Nordrhein-Westfalens und Baden-Württembergs haben die höchsten Belastungen. In diesen beiden Ländern finanzieren sich die Landeswohlfahrtsverbände bzw. die Landschaftsverbände einerseits über Schlüsselzuweisungen aus der Finanzausgleichsmasse, andererseits vor allem über Umlagen auf Gemeindeebene. In der Entwicklung der Anteile läßt sich keine eindeutige Tendenz erkennen. Einmal sinkt der Gemeindeanteil bis Ende der siebziger Jahre, zum anderen scheinen Spezifika in den Ländern eine Rolle zu spielen.

Belastung der Gemeinden und Stadtstaaten

Der Anteil der Sozialhilfeausgaben an den bereinigten Ausgaben der Gemeinden und der drei Stadtstaaten ist sowohl in der Höhe als auch in der Entwicklung sehr unterschiedlich. Die Veränderungen lassen sich allerdings nur bis 1985 verfolgen, da die Statistiken für die öffentlichen Haushalte erst bis zu diesem Jahr vorliegen.

Nicht ganz unproblematisch ist die Basisgröße: Die „bereinigten Ausgaben“ sind die Bruttoausgaben, von denen die von der gleichen Ebene empfangenen Zahlungen abgezogen werden. Damit wird angegeben, welche Mittel die einzelnen Körperschaften zur Aufgabenerfüllung einsetzen, unabhängig davon, welche anderen öffentlichen Bereiche zur Ausgabenfinanzierung beitragen (Erfüllungsprinzip). Die Bezugsgröße enthält also in der Gemeinde/Land-Darstellung andere Zahlungsströme als bei den drei Stadtstaaten. Aus diesem Grund können keine vergleichenden Aussagen zum Niveau getroffen werden, wohl aber zur Entwicklung. Ein Vergleich auf der Basis von Nettoausgaben — dabei wären auch Zahlungen von anderen Ebenen des öffentlichen Bereiches zu berücksichtigen — ist nicht sinnvoll, weil der Landeshaushalt Berlins zu rd. 50 vH durch die Bundeshilfe finanziert wird.

Tabelle 2

**Anteil der Sozialhilfeausgaben¹⁾ der Gemeinden²⁾/
Stadtstaaten an den bereinigten Ausgaben³⁾
der Gemeinden/Stadtstaaten
in vH**

Land	1965	1970	1975	1980	1985
Schleswig-Holstein	2,4	2,7	4,1	4,6	8,7
Niedersachsen	1,9	2,3	3,1	3,3	5,1
Nordrhein-Westfalen	4,1	4,8	6,7	7,4	11,0
Hessen	3,6	4,1	5,5	6,9	8,0
Rheinland-Pfalz	2,5	2,9	4,3	5,0	6,3
Baden-Württemberg	2,1	2,5	3,9	4,4	6,4
Bayern	2,4	2,7	3,8	4,4	5,7
Saarland	2,3	3,3	4,0	4,7	7,1
Hamburg	2,2	2,3	3,2	4,8	6,5
Bremen	2,4	3,1	4,1	4,8	7,4
Berlin	3,0	3,3	4,0	5,0	5,4

¹⁾ Nettoausgaben abzüglich der unmittelbaren Einnahmen. — ²⁾ Einschließlich Gemeindeverbände, ohne Zweckverbände. — ³⁾ In der Abgrenzung der Finanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Finanzen und Steuern, Fachserie 14, Reihe 3.3. Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für soziale Sicherung und für Gesundheit, Sport, Erholung. — Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.3. Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, verschiedene Jahrgänge; eigene Berechnungen.

⁶ Die Daten sind der Finanzstatistik entnommen. Die Sozialhilfe wird in den staatlichen Haushalten unter der Funktionskennziffer 234 und in den kommunalen Haushalten unter den Gliederungsnummern 41 und 49 geführt. Allerdings umfaßt dieser Aufgabenbereich auch Aufwendungen, die über Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz hinausgehen, z. B. Weihnachtsbeihilfen an Sozialhilfeempfänger, Pflegegeld an Zivilbeamte. Diese sonstigen Aufwendungen machen rd. 10 vH der Sozialhilfeausgaben nach BSHG aus.

⁷ Aufgrund dieser Initiative wurde im Rahmen der Beschlußfassung des Steuerreformpakets 1990 ein „Strukturfonds“ ausgehandelt.

Für alle Gemeinden läßt sich nach dieser Rechnung ein Anstieg der Quote der Sozialhilfeausgaben an den gesamten Ausgaben feststellen. Ausgehend von 1965 hat sich die Quote im Zeitraum 1970 bis 1975 stark erhöht und bis Anfang der achtziger Jahre etwa verdoppelt. In der Folgezeit beschleunigte sich der Anstieg; gegenüber den Anteilen im Jahre 1965 ergibt sich z. T. eine Verdreifachung.

Durchweg die höchste Quote haben die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen; 1985 wurden 11 vH der bereinigten Ausgaben für Sozialhilfeangelegenheiten aufgewendet. Auch die Gemeinden in Hessen sind relativ hoch belastet. Die gegenüber den Vorjahren hohe Quote für Schleswig-Holstein im Jahr 1985 ist Resultat der Verlagerung eines Teils der Kosten auf die örtlichen Träger. Obwohl die Beteiligung der Länder in Bayern und Niedersachsen recht unterschiedlich geregelt ist, werden für die Gemeinden dieser Länder im Jahr 1985 mit 5 bzw. 6 vH die niedrigsten Anteile ausgewiesen.

Von den Stadtstaaten hatte Bremen im Jahr 1985 mit 7,4 vH den höchsten Anteil. Berlin lag um 2 Prozentpunkte darunter. Da die Berliner Quote im Basisjahr 1965 überdurchschnittlich hoch war, fiel der Anstieg für Berlin — von allen Gemeinden (und Stadtstaaten) — am geringsten aus.

Struktur der Aufwendungen im Bundesgebiet 1987 wie Mitte der sechziger Jahre

Die Sozialhilfe wird als — laufende und als einmalige — Hilfe zum Lebensunterhalt sowie als Hilfe in besonderen Lebenslagen geleistet. Die Hilfe zum Lebensunterhalt umfaßt die persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens wie Ernährung, Unterkunft und Heizung und machte 1987 zwei Fünftel der gesamten Bruttoausgaben im Bundesgebiet aus. Mit der Hilfe in besonderen Lebenslagen — zu ihr zählen beispielsweise die Krankenhilfe, die Eingliederungshilfe für Behinderte und die Hilfe zur Pflege — sollen besondere Notsituationen gelindert werden. Unterschieden wird darüber hinaus zwischen Leistungen an „Empfänger in Einrichtungen“ — d. h. Anstaltshaushalte wie beispielsweise Alters- oder Pflegeheime — und außerhalb von Einrichtungen (private Haushalte).

Die nachstehende Matrix informiert über die Ausgabenstruktur und macht deutlich, daß die laufenden Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt ein knappes Drittel der gesamten Sozialhilfeausgaben ausmachen.

Die Struktur der Sozialhilfeausgaben im Bundesgebiet entspricht für die beiden Komponenten Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen gegenwärtig (1987) wieder dem Stand in den sechziger Jahren von 40 : 60 vH. Bis 1979 hatten die Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt unterdurchschnittlich zugenommen, so daß sich die Struktur auf 32 : 68 vH im Jahr 1979

Tabelle 3

Ausgaben für Sozialhilfe im Bundesgebiet 1987 in Mrd. DM

Leistungsart	Außerhalb von Einrichtungen	Innerhalb von Einrichtungen	Insgesamt
Hilfe zum Lebensunterhalt	9,33	0,94	10,27
Laufende Leistungen	7,78	—	7,78
Einmalige Leistungen	1,55	0,94	2,49
Hilfe in besonderen Lebenslagen	1,82	13,11	14,93
darunter:			
Eingliederungshilfe für Behinderte	0,19	4,75	4,94
Hilfe für Pflege	1,02	7,14	8,16
Insgesamt	11,15	14,05	25,20

Quelle: Vorabinformation des Statistischen Bundesamtes.

änderte. Seitdem expandieren die Ausgaben im anteilig kleineren Bereich fast doppelt so rasch wie im Bereich der Hilfe in besonderen Lebenslagen. Von der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt wurden 1987 schätzungsweise 3 Mrd. DM als Folgekosten der Arbeitslosigkeit ausgegeben, das sind 12 vH des Gesamtaufwandes für Sozialhilfe⁸.

Innerhalb der beiden Hauptleistungsgruppen haben sich die Strukturen gegenüber 1965 verändert: Einmal ist der Anteil der laufenden Hilfeleistungen zu Lasten der einmaligen Leistungen gestiegen. Zum anderen hat sich bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen die Quote der Eingliederungshilfe für Behinderte auf 20 vH erhöht, also nahezu verdreifacht. Gesunken sind die Anteile für Gesundheits- und Krankenhilfe, besonders die Tuberkulosehilfe, die nur noch 0,1 vH der Bruttoausgaben ausmacht.

Nach Abzug der Einnahmen (1987 insgesamt 5,5 Mrd. DM) betrugen die Nettoausgaben für alle Sozialhilfeträger 19,7 Mrd. DM. Die beiden wichtigsten Einnahmeposten sind die Kostenbeiträge und Aufwendungsersatzleistungen aus dem Einkommen und Vermögen der Sozialhilfeempfänger (30 vH der Einnahmen) sowie Erstattungen oder Auszahlungen anderer Sozialleistungsträger (45 vH).

Mehr als 3 Millionen Sozialhilfeempfänger im Bundesgebiet

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger im Bundesgebiet hat sich seit 1965 mehr als verdoppelt und betrug 1986 reich-

⁸ Vgl. H. Karrenberg, E. Munstermann, Gemeindefinanzbericht 1988. In: Der Städtetag 2/1985, S. 93.

lich 3 Millionen. Für 1987 liegen bisher nur vorläufige Zahlen vor. Danach wird von einem Zuwachs um 3,5 vH gegenüber 1986 auf rund 3,1 Mill. Empfänger ausgegangen. Dieser Zuwachs liegt erheblich unter den Veränderungsraten in den Vorjahren. Die Entwicklung seit 1965 läßt sich in vier Phasen aufteilen: Einer nur schwachen Zunahme bis Anfang der siebziger Jahre folgte ein Sprung im Zusammenhang mit der Rezession 1974/75; das 1976 erreichte Niveau änderte sich dann bis 1981 wenig, seit 1982 nimmt die Zahl der Empfänger stark zu. Beides — Expansion und Schwankungen im Verlauf — geht vor allem auf die Entwicklung der Empfängerzahl im Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt zurück; hier hat sich die Zahl der Leistungsempfänger seit 1965 verdreifacht⁹. Die Zahl der Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen ist dagegen nur um knapp die Hälfte gestiegen. Dabei ist zu vermerken, daß die Empfängerzahlen dieser Hilfeart im Zeitraum 1973 bis 1985 auf unverändertem Niveau verharrten, d. h. die in dieser Zeit doch recht beachtlichen Steigerungsraten der Ausgaben für diese Hilfeleistung wurden vor allem aufgrund der Kostenkomponente verursacht.

Hilfe in besonderen Lebenslagen je Empfänger besonders stark gestiegen

Die Regelsätze der laufenden Hilfeleistung werden, da die Lebenshaltungskosten und regionale Unterschiede zu berücksichtigen sind, von den einzelnen Bundesländern üblicherweise jährlich neu festgesetzt. Der rechnerische Durchschnitt für alle Länder liegt zur Zeit bei 412 DM monatlich für Haushaltsvorstände und Alleinstehende (Berlin: 424 DM, Hamburg: 426 DM, Bremen: 416 DM). Die Regelsätze für sonstige Haushaltsangehörige leiten sich, abgestuft nach dem Alter, vom Regelsatz für den Haushaltsvorstand ab. Im langjährigen Durchschnitt (1965 bis 1987) wurde der monatliche Eckregelsatz jährlich um knapp 6 vH und damit um knapp 2 Prozentpunkte stärker erhöht, als der Preisindex für Zwei-Personen-Haushalte von Rentnern und Sozialhilfeempfängern stieg. Die Regelsatzanhebungen blieben allerdings im Durchschnitt um jährlich einen Prozentpunkt hinter den Rentenanpassungen zurück. Sozialhilfeempfänger haben also erheblich weniger am gesamten Einkommenszuwachs partizipiert als Rentner.

Mit den durchschnittlichen jährlichen Steigerungsraten der Regelsätze (5,75 vH) und der Zunahme der Empfängerzahl von laufenden Hilfeleistungen (4,9 vH) kann der durchschnittliche jährliche Ausgabenanstieg der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt (11,85 vH) zu rund 90 vH erklärt werden. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß nicht alle Empfänger das ganze Jahr über Sozialhilfe erhielten; d. h. die Zunahme der Empfängerzahl wird überzeichnet. In der verbleibenden Strukturkomponente schlagen sich Veränderungen der Altersstruktur

der Empfänger¹⁰, des Anteils der Höhe des anzurechnenden Einkommens und der mit dem Regelsatz nicht abgedeckten Mietzahlungen nieder. Die Ausgaben je Empfänger für die laufenden Hilfeleistungen nahmen im Untersuchungszeitraum auf das 4,5fache zu. Dies entspricht der Erhöhung des Bruttolohnes je beschäftigten Arbeitnehmer im gleichen Zeitraum.

Ohne Berücksichtigung der Veränderungen der Leistungs- und Empfängerstruktur sind die Je-Fall-Ausgaben im Bundesgebiet 1986 für die Hilfe in besonderen Lebenslagen auf das 8,5fache der Ausgaben im Jahr 1964 gestiegen. Darin kommt zum Ausdruck, daß die Kosten in diesem Leistungsbereich z. B. die Bereitstellung und der Unterhalt von Pflegeplätzen oder Einrichtungen in Behindertenwerkstätten überdurchschnittlich gestiegen sind. Es muß allerdings auch beachtet werden, daß Ausgaben und Empfänger statistisch getrennt erfaßt werden. Eine exakte Zuordnung der Ausgaben zu der jeweiligen Empfängergruppe ist daher nicht möglich; Ungenauigkeiten, die daraus resultieren, wirken sich insbesondere in einer differenzierteren Betrachtung aus. Sinnvoll ist es deshalb, vor allem die Hauptleistungsarten zu untersuchen.

Strukturveränderungen in den Stadtstaaten

In Berlin wurden 1987 rund 1,6 Mrd. DM für Sozialhilfe, das sind 6,5 vH des Sozialhilfeaufwandes insgesamt, ausgegeben. Bremen leistete Sozialhilfe von gut einer halben Mrd. DM (2 vH). Einen Gesamtaufwand von 1,4 Mrd. DM (5,5 vH) weist Hamburg aus. Je Einwohner und Jahr wurden in Hamburg rd. 850 DM ausgegeben, etwa 10 vH mehr als in Berlin und Bremen. Im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet, mit rund 400 DM je Einwohner, haben die Stadtstaaten etwa das Doppelte je Einwohner für Sozialhilfe aufgewandt¹¹. Auf sie entfallen 14 vH der Sozialhilfeausgaben, aber nur 7 vH der Gesamtbevölkerung.

Beachtenswert ist, daß Berlin gegenüber dem Bundesgebiet für den gesamten Zeitraum eine um eineinhalb Prozentpunkte geringere durchschnittliche jährliche Zunahme der Sozialhilfeausgaben ausweist — und dies bei einer vergleichsweise ungünstigen Altersstruktur. Die durchschnittlichen jährlichen Steigerungsraten für Hamburg und Bremen liegen dagegen für den Zeitraum 1965 bis 1987 um jeweils einen Prozentpunkt über der entsprechenden Rate für das Bundesgebiet und um 2,5 Prozentpunkte über der Rate für Berlin.

⁹ In der Empfängerstatistik gibt es, anders als in der Ausgaben- und Einnahmenstatistik, keine Unterscheidung in Hilfe zum Lebensunterhalt und laufende Hilfe zum Lebensunterhalt.

¹⁰ Zur Verschiebung der Altersstruktur der Empfänger vgl. Sozialhilfeausgaben aufgrund von Arbeitslosigkeit, a.a.O., S. 342 f.

¹¹ Auf der Basis von Vorabinformationen: Neue Einwohnerzahlen der Volkszählung 1987.

Tabelle 4

Ausgaben für Sozialhilfe 1965 und 1987 nach Leistungsarten
in vH der Bruttoausgaben

Leistungsart	1965				1987			
	Bundes- gebiet	Berlin	Hamburg	Bremen	Bundes- gebiet	Berlin	Hamburg	Bremen
Außerhalb von Einrichtungen								
Hilfe zum Lebensunterhalt	31,1	43,1	27,8	37,4	37,0	33,3	12,7	49,7
Laufende Leistungen	25,9	38,0	20,5	27,9	30,8	28,3	31,7	39,3
Einmalige Leistungen	5,2	5,1	7,3	9,5	6,2	5,0	11,0	10,4
Hilfe in besonderen Lebenslagen	18,4	16,3	18,4	19,2	7,2	10,9	8,8	5,7
darunter:								
Eingliederungshilfe für Behinderte	1,8	1,0	1,3	2,0	0,8	4,1	0,4	0,4
Hilfe zur Pflege	2,6	1,7	0,8	1,9	4,0	3,3	3,3	2,9
Insgesamt	49,5	59,4	46,2	56,6	44,2	44,2	51,5	55,4
In Einrichtungen								
Hilfe zum Lebensunterhalt ¹⁾	8,5	22,8	—	3,8	3,7	6,2	0,2	2,7
Laufende Leistungen	—	—	—	—	—	—	—	—
Einmalige Leistungen	8,5	22,8	—	3,8	3,7	6,2	0,2	2,7
Hilfe in besonderen Lebenslagen ²⁾	42,0	17,8	53,8	39,6	52,0	49,6	48,3	41,9
darunter:								
Eingliederungshilfe für Behinderte	5,2	0,8	1,5	1,8	18,9	5,7	17,8	8,0
Hilfe zur Pflege	26,9	9,9	35,5	25,5	28,7	31,3	24,2	28,6
Insgesamt	50,5	40,6	53,8	43,4	55,7	55,8	48,5	44,6
Außerhalb und/oder in Einrichtungen								
Hilfe zum Lebensunterhalt ¹⁾	39,6	65,9	27,8	41,2	40,7	39,5	42,9	52,4
Laufende Leistungen	25,9	38,0	20,5	27,9	30,9	28,3	31,7	39,3
Einmalige Leistungen	13,7	27,9	7,3	13,3	9,9	11,2	11,2	13,1
Hilfe in besonderen Lebenslagen ²⁾	60,4	34,1	72,2	58,8	59,3	60,5	57,1	47,6
darunter:								
Eingliederungshilfe für Behinderte	7,0	1,8	2,8	3,8	19,6	9,8	18,2	8,4
Hilfe zur Pflege	29,6	11,6	36,3	27,4	32,7	34,6	27,5	31,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ In Hamburg ohne Hilfen zum Lebensunterhalt in Einrichtungen. — ²⁾ In Hamburg einschließlich Hilfe zum Lebensunterhalt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Öffentliche Sozialleistungen, Reihe 1, I. Sozialhilfe, verschiedene Jahrgänge; Statistisches Bundesamt, Sozialleistungen, Fachserie 13, Reihe 2, Sozialhilfe verschiedene Jahrgänge; Statistische Landesämter Berlin, Hamburg, Bremen; eigene Berechnungen.

Der regionale Vergleich wird neben den ohnehin vorhandenen statistischen Schwierigkeiten dadurch erschwert, daß Leistungsarten und Empfängergruppen in der Sozialhilfestatistik nicht einheitlich zugeordnet werden. Dennoch lassen sich für die Regionen typische Entwicklungen zeigen.

Die bundesweite Verteilung von rund 40 : 60 vH für die Hilfe zum Lebensunterhalt und die Hilfe in besonderen Lebenslagen gilt in den letzten Jahren auch für Berlin, während in den beiden anderen Stadtstaaten die Hilfe

zum Lebensunterhalt ein größeres Gewicht hat. Mit etwas mehr als der Hälfte der gesamten Bruttoausgaben zeigt sich dies besonders in Bremen.

Im Beobachtungszeitraum haben sich die Anteile in den drei Vergleichsregionen allerdings stärker verschoben als im Bundesdurchschnitt. In Berlin sank, gegenläufig zur sonstigen Entwicklung, die Quote für die Hilfe zum Lebensunterhalt von knapp zwei Dritteln Mitte der sechziger Jahre auf derzeit knapp 40 vH. Die stärksten Verschiebungen in diesem Verhältnis haben bis zum

Tabelle 5

Jahresdurchschnittliche und jährliche Veränderungsraten der Sozialhilfe nach Ausgabearten

Leistungsart/ Region	Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate				Jährliche Veränderungsrate		
	1975/79	1980/84	1975/79	1980/84	1985	1986	1987
Hilfe zum Lebensunterhalt							
Bundesgebiet	4,8	20,6	8,1	11,5	18,9	17,1	9,7
Berlin	5,5	17,4	-0,6	9,8	9,2	8,7	5,2
Hamburg	7,9	23,3	16,0	25,5	27,6	24,3	13,5
Bremen	11,5	29,6	13,2	16,7	12,8	12,5	4,7
darunter: Laufende Leistungen zum Lebensunterhalt ¹⁾							
Bundesgebiet	5,2	20,6	9,1	13,2	17,9	18,8	10,8
Berlin	1,1	15,0	10,8	11,2	-1,2	10,0	6,7
Hamburg	7,2	22,5	16,5	26,8	26,6	15,9	13,2
Bremen	11,0	26,9	15,5	20,4	13,6	9,6	4,5
Hilfe in besonderen Lebenslagen							
Bundesgebiet	10,2	19,8	12,8	7,9	6,6	7,6	8,2
Berlin	7,9	21,6	21,2	6,7	10,3	9,6	5,0
Hamburg	9,5	21,4	11,6	9,4	1,2	12,9	12,5
Bremen	10,7	20,1	11,4	7,1	14,2	1,0	8,9
darunter: Eingliederungshilfe für Behinderte							
Bundesgebiet	21,9	28,8	17,8	10,2	5,6	9,6	8,8
Berlin	19,8	29,4	26,7	6,5	20,1	3,4	12,4
Hamburg	56,4	30,5	23,4	14,0	6,6	16,6	10,7
Bremen	13,8	41,6	22,7	11,4	4,5	6,2	12,2
Hilfe zur Pflege							
Bundesgebiet	10,8	21,5	13,8	7,6	7,4	6,2	7,5
Berlin	13,3	26,2	26,6	5,0	19,5	7,6	3,4
Hamburg	6,2	31,1	14,4	8,7	-1,2	12,6	10,2
Bremen	18,5	23,9	12,7	10,9	18,6	-0,7	8,7

¹⁾ Außerhalb von Einrichtungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Öffentliche Sozialleistungen, Reihe 1, I. Sozialhilfe, verschiedene Jahrgänge; Statistisches Bundesamt, Sozialleistungen, Fachserie 13, Reihe 2, Sozialhilfe verschiedene Jahrgänge. Statistische Landesämter Berlin, Hamburg, Bremen, Vorabinformationen des Statistischen Bundesamtes; eigene Berechnungen.

Ende der siebziger Jahre stattgefunden. Danach hat sich die Struktur stabilisiert. In Hamburg und Bremen nahm dagegen der Anteil der Hilfe zum Lebensunterhalt von 28 vH auf 43 vH zu, in Bremen von 41 vH auf 53 vH. Anders als in Berlin ergaben sich die Strukturveränderungen in Hamburg und Bremen in starkem Maße in den achtziger Jahren.

Eine Betrachtung der Leistungsarten innerhalb der Hilfe in besonderen Lebenslagen zeigt, daß der Anteil der Eingliederungshilfe für Behinderte in Berlin wie in Bremen seit Ende der siebziger Jahre gut ein Sechstel

beträgt. Hilfen zur Pflege machen in Berlin knapp 60 vH aus, Bremen hat für diese Leistung einen um 5 vH-Punkte höheren Anteil. In Hamburg sind seit 1980 relativ gleichbleibend gut 30 vH der Hilfen in besonderen Lebenslagen für Eingliederungshilfen aufgewandt worden und die Hälfte für Hilfen zur Pflege.

Für Berlin zeigt sich zudem eine weitere Auffälligkeit: Bei der Eingliederungshilfe für Behinderte ist der relativ hohe Anteil der Hilfe außerhalb von Anstalten sowie der um mehr als 10 vH-Punkte niedrigere Anteil in Einrichtungen bemerkenswert. Eine Erklärung liegt darin, daß in

Berlin vom Sozialhilfeträger in geringerem Ausmaß Infrastruktureinrichtungen für diese Gruppe wie große Rehabilitationszentren oder Werkstätten für Behinderte bereitgestellt werden als in anderen Regionen. Hierin drückt sich das Konzept aus, daß die Eigenständigkeit der Betroffenen solange wie möglich erhalten bleiben soll und Hilfen im nichtstationären Bereich Vorrang gegeben wird.

Jeder zwölfte Einwohner der Stadtstaaten ist Sozialhilfeempfänger

In Berlin hat die Zahl der Sozialhilfeempfänger von 1965 bis 1986 um ein Drittel auf 168 400 zugenommen. Das bedeutet, daß 1986 jeder zwölfte Einwohner der Stadt eine Leistung der Sozialhilfe bezogen hat; 1970 war es nur jeder zwanzigste. 1974 überschritt die Zahl der Empfänger erstmalig das Niveau von 1965. In Hamburg hat sich die Zahl der Empfänger seit 1965 nahezu verdreifacht. 1986 war jeder elfte Einwohner Leistungsempfänger von Sozialhilfe. In Bremen stieg die Zahl der Empfänger auf das Doppelte, auch dort war 1986 jeder zwölfte Einwohner Leistungsbezieher.

Eine nach Leistungsarten differenzierende Betrachtung zeigt, daß die Zahl der Empfänger von (laufenden) Hilfen zum Lebensunterhalt in Berlin während der gesamten Periode wesentlich schwächer — um ein gutes Drittel auf 137 075 — zugenommen hat als im Bundesgebiet und in den beiden anderen Stadtstaaten. In Hamburg war die Zunahme auf das Fünffache (118 240) exorbitant und in Bremen mit mehr als einer Verdreifachung (47 439) immer noch ausgeprägter als in Berlin. In allen drei Stadtstaaten bezog 1986 etwa jeder 15. Einwohner Hilfe zum

Lebensunterhalt. Die sehr unterschiedliche Entwicklung in den letzten Jahren hat zu etwa dem gleichen Niveau der Inanspruchnahme geführt. Neben dem weitaus höheren Ausgangsniveau ist die verhaltenere Zunahme in Berlin auch darauf zurückzuführen, daß die Arbeitslosenzahl in der Stadt seit 1983/84 langsamer gestiegen ist als in Hamburg und Bremen. Hinzu kommt, daß der Anteil der länger als ein Jahr Arbeitslosen, eine Personengruppe, die in besonders starkem Ausmaß auf die Sozialhilfe angewiesen ist, in Berlin seither geringer ist als in Hamburg (für 1986: 24,1 vH : 33,5 vH).

Hilfe in besonderen Lebenslagen hat in Berlin jeder 39., in Hamburg jeder 25. und in Bremen jeder 63. Einwohner bezogen. Die Zahl der Empfänger derartiger Leistungen ist in Berlin im Untersuchungszeitraum nur geringfügig — um 3 vH auf gut 52 000 — gestiegen. Bemerkenswert ist, daß das heutige Niveau in der Stadt im Zeitraum von 1974 bis 1982 durch Leistungen der Krankenhilfe — besonders außerhalb von Einrichtungen — um bis zu 20 000 Personen überschritten wurde. Während Hamburg 1986 um 50 vH mehr Fälle hatte (61 900) als 1964, nahm die Zahl in Bremen um ein knappes Viertel auf 10 500 ab.

In der divergierenden Entwicklung spiegelt sich zum Teil die in den drei Stadtstaaten unterschiedliche Veränderung des Bevölkerungsaufbaus: In Berlin hat die Zahl der älteren Einwohner im Alter von 65 Jahren und mehr — einer auf die Leistungsart Hilfe in besonderen Lebenslagen in besonderem Maße angewiesenen Bevölkerungsgruppe — von Anfang der achtziger Jahre an bis heute sowohl absolut (um rd. 80 000) Personen als auch relativ (um 4 vH-Punkte) abgenommen. In den beiden anderen Stadtstaaten war die Abnahme in dieser Altersgruppe nur geringfügig.

Tabelle 6

Zahl der Sozialhilfeempfänger nach Leistungsarten¹⁾
in 1000 Personen

Leistungsart Region Jahr	lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt				Hilfe in besonderen Lebenslagen			
	Bundes- gebiet	Berlin	Hamburg	Bremen	Bundes- gebiet	Berlin	Hamburg	Bremen
1964	816	100,9	24,8	15,4	832	50,4	40,3	13,2
1965	760	86,4	22,3	14,6	862	49,0	41,0	13,9
1970	749	74,5	23,2	14,4	965	50,8	48,3	14,9
1975	1 190	92,4	41,5	28,6	1 147	60,5	67,6	18,9
1980	1 322	110,5	56,5	36,0	1 125	70,5	62,3	14,8
1981	1 291	106,3	.	.	1 080	.	.	.
1982	1 560	119,9	74,9	41,4	1 061	58,8	63,1	12,9
1983	1 726	116,3	93,1	40,5	1 016	47,9	64,2	12,6
1984	1 838	123,8	99,2	42,5	1 046	50,2	59,1	9,8
1985	2 063	127,8	106,9	46,8	1 108	48,6	59,7	9,8
1986	2 239	137,1	118,2	47,4	1 196	52,2	61,9	10,4

¹⁾ Personen, die Hilfe verschiedener Art erhielten, werden bei jeder Hilfeart gezählt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Öffentliche Sozialleistungen, Reihe 1, Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge, I., verschiedene Jahrgänge; Statistisches Bundesamt, Sozialleistungen, Fachserie 13, Reihe 2, versch. Jahrgänge; Statistische Landesämter Berlin, Hamburg, Bremen: Statistische Berichte KI1, Die Sozialhilfe, Teil 2, Empfänger von Sozialhilfe, verschiedene Jahrgänge; eigene Berechnungen.

In Berlin sind die Ausgaben je Empfänger für die Hilfe in besonderen Lebenslagen im Untersuchungszeitraum bei dieser Konstellation auf das 16fache gestiegen. Diese Steigerungen fanden insbesondere in den Jahren 1975 bis 1979 statt — einer Phase, in der Pflegeeinrichtungen sowohl quantitativ als auch qualitativ in erheblichem Maße ausgebaut wurden¹². Etwas gemäßigter als in Berlin war die Steigerung in Bremen (14fach). Hamburg hat wie das Bundesgebiet einen Anstieg auf das Achtfache des Ausgangsjahres. Die durchschnittlichen Beträge je Empfänger weisen eine erhebliche Spanne auf, sie reicht von 11 300 DM in Bremen bis 22 000 DM in Hamburg; Berlin liegt mit 17 500 DM dazwischen.

Bei der (laufenden) Hilfe zum Lebensunterhalt (außerhalb von Einrichtungen) je Fall haben Berlin und Hamburg mit dem vierfachen Wert im Jahr 1986 gegenüber 1964 eine dem Bundesgebiet etwa entsprechende Zunahme. Bremen liegt bei diesem Vergleich an der Spitze. Die unterschiedliche Entwicklung ist, bei parallel verlaufender Regelsatzanhebung, mit der Strukturkomponente — Miete sowie Alter und Zahl der Haushaltsmitglieder — zu erklären.

Um die Ausgabenbelastung durch Arbeitslosigkeit abzubauen, sind die Länder und die Sozialhilfeträger in den letzten Jahren im Bereich der laufenden Hilfe initiativ geworden. So wird beispielsweise versucht, arbeitslose Sozialhilfeempfänger wieder in das Erwerbsleben zu integrieren¹³. Obwohl diese Beschäftigungen zunächst nur einjährig befristet vergeben werden, handelt es sich dabei um eine Maßnahme, die letztlich auf den Abbau der Bedürftigkeit und damit den Wegfall der Abhängigkeit von Sozialhilfebezug zielt.

Hamburg hat — aufgrund des dort starken Ausgabenanstiegs in der laufenden Hilfe — diesen Weg offensichtlich bereits früher und konsequenter vollzogen als andere Regionen. Der Hamburger Senat finanziert seit 1983 über Zuwendungen spezielle Beschäftigungsgesellschaften, die Sozialhilfeempfänger in verschiedene Unternehmensbereiche wie in die Maler- oder Lebensmittelbranche vermitteln. Für 1989 sind rund 1 800 derartiger Beschäftigungspositionen vorgesehen.

In Berlin gibt es seit 1987 jährlich ungefähr 500 solcher Positionen. Diese sind im öffentlichen Dienst, aber auch in Verbänden und in der freien Wohlfahrtspflege angesiedelt. Nur Sozialhilfeempfänger, die vorher bereits gemeinnützig tätig waren, können an dieser Maßnahme teilnehmen. In Bremen ist vorgesehen, diese Art von Arbeitsverträgen von 200 auf 400 im nächsten Jahr aufzustocken.

In Berlin werden darüber hinaus derzeit für eine begrenzte Teilnehmerzahl berufsqualifizierende Maßnahmen vorbereitet. Dabei sollen Sozialhilfeempfänger im Unternehmenssektor beschäftigt und zugleich von Weiterbildungsträgern qualifiziert werden. In Bremen gibt es seit diesem Jahr 130 Sozialhilfeempfänger, die in Zu-

sammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung in Qualifizierungsprogrammen arbeiten.

Im Bereich der Hilfen in besonderen Lebenslagen ist, um der starken Kostenexpansion entgegen zu steuern, seit Ende der siebziger Jahre der Ausbau der ambulanten Pflege angestrebt worden. Derzeit wird überdies im Rahmen der Gesundheitsreform die häusliche Pflege verstärkt.

Fazit

Weder der Anstieg der Sozialhilfeausgaben noch die parallel dazu verlaufende Zunahme der Belastung der Gemeinden sind ein einmaliges Ereignis, vielmehr ist über den gesamten hier untersuchten Zeitraum ein relativ kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen. Festzuhalten ist ferner, daß in den achtziger Jahren, bedingt durch die zunehmende Arbeitslosigkeit und Dauerarbeitslosigkeit, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt stärker zugenommen hat als die Hilfe in besonderen Lebenslagen. Aus diesem Grunde ist die Sozialhilfe auch verstärkt in die Diskussion geraten. Dabei wird jedoch vielfach nicht genügend beachtet, daß die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt lediglich ein Drittel aller Sozialhilfeausgaben ausmacht.

Im Bereich der laufenden Hilfe sind die Sozialhilfeträger in den letzten Jahren initiativ geworden, indem sie arbeitslosen Sozialhilfeempfängern Beschäftigungspositionen anbieten.

Derartige Maßnahmen zielen auf den Abbau der Bedürftigkeit, die durch Arbeitslosigkeit entstanden ist, also auf die Senkung der Kosten der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt. Sie führen bei erneuter Arbeitslosigkeit in der Regel zu einer Verlagerung der Kosten auf die Bundesanstalt für Arbeit bzw. den Bund, da mit dem Beschäftigungsverhältnis die Anwartschaft für den Bezug von Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe erfüllt werden.

Auch für den anteilig bedeutenderen Bereich der Hilfe in besonderen Lebenslagen sind Anstrengungen der Sozialhilfeträger zur Kostendämpfung erforderlich, allerdings ohne daß die Versorgung des Betroffenenkreises gemindert wird oder die Leistungsstandards herabgesetzt werden. Abschätzen läßt sich, daß mit der sich künftig verschlechternden Altersstruktur die Zahl derjenigen, die Pflegeleistungen nachfragen werden, steigen wird, d. h. die Kostenbelastung wird noch stärker wachsen als in der Vergangenheit. Umstrukturierungen von der stationären Pflege hin zur ambulanten Pflege sind über den bisher begonnenen Ausbau der ambulanten Pflege in Angriff zu

¹² Die Versorgung mit Pflegeeinrichtungen war in Berlin zu Beginn der achtziger Jahre entsprechend günstiger als in den beiden anderen Stadtstaaten; vgl. Soziale Infrastruktur in Berlin (West). Bearb.: K. Hagen. Gutachten im Auftrage des Senators für Finanzen, Berlin 1987, S. 186 - 203 (als Manuskript vervielfältigt).

¹³ Dies geschieht im Rahmen des § 19 Abs. 2 (1. Alternative) BSHG.

nehmen. Hier ist die Kreativität aller Beteiligten gefordert. Mit einer permanenten Funkbetreuung, dem Umbau der Wohnung oder einer Umzugunterstützung und vor allem einer ausreichenden Unterstützung durch professionelles Pflegepersonal sind Anreize für die häusliche Pflege zu setzen.

Der mit der aktuellen Gesundheitsstrukturreform beabsichtigte Ausbau der *häuslichen* Pflege von Schwerpflegebedürftigen ist daher generell zu begrüßen. Die bisher vorgesehenen Maßnahmen sind jedoch unzureichend, sie dürften kaum zu einer Entlastung der Hilfe zur *Pflege in Einrichtungen* führen.

Konsum tendenziell weiter steigend

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland im dritten Quartal 1988¹

Nach dem leichten Rückgang des realen privaten Verbrauchs im zweiten Quartal hat die Konsumkonjunktur im Sommer wieder Tritt gefaßt. Im dritten Jahresviertel steht saisonbereinigt eine Ausweitung des Verbrauchsvolumens um knapp 1 vH zu Buche. Damit wurde die Einbuße im Quartal zuvor etwa ausgeglichen und wieder das hohe Niveau vom Jahresanfang erreicht. Im Vorjahresvergleich ergab sich ein Zuwachs von 2 vH. Ungefähr im gleichen Tempo expandierten die Ausgaben der privaten Haushalte, da vor allem wegen des Rückgangs der Preise von Benzin, Heizöl und anderen Importgütern das Preisniveau des privaten Verbrauchs nahezu stabil blieb²; auch der Abstand des Preisindex zum Vorjahr (+1,4 vH) war etwa so groß wie im zweiten Quartal.

Von der Konsumausweitung im Berichtszeitraum profitierte der Einzelhandel mehr als andere Bereiche. Nach einem im Vergleich zum Vorjahr schwächeren Umsatz im Juli war in den beiden folgenden Monaten eine kräftige Nachfragebelebung zu beobachten, die sich in realen Umsatzsteigerungen von jeweils 5 vH niederschlug; im Quartalsdurchschnitt ergab dies einen Zuwachs um knapp 2,5 vH. Saisonbereinigt wurde das Ergebnis vom zweiten Jahresviertel um 1,5 vH übertroffen. Für 1988 insgesamt zeichnet sich inzwischen eine Wachstumsrate des preisbereinigten Einzelhandelsumsatzes von etwa 3 vH ab, also eine nicht mehr ganz so günstige Entwicklung wie 1987. Der Zuwachs wird damit jedoch höher sein als die Zunahme der gesamten Konsumnachfrage.

Bedarfsbereiche

Mit einer Rate von rund 1 vH nahmen die Ausgaben für *Nahrungs- und Genußmittel* im Berichtszeitraum kaum schwächer zu als die Konsumausgaben insgesamt, doch wurde damit — ähnlich wie bei der allgemeinen Verbrauchsentwicklung — lediglich der Rückgang vom zweiten Quartal wettgemacht. Die reale Nachfragesteigerung fiel etwas geringer aus (+0,5 vH). Insgesamt liegt hier die Nachfrage seit Jahresbeginn aber auf einem so hohen Niveau, daß für 1988 trotz der zwischenzeitlichen Schwankungen ein ähnlich kräftiges reales Wachstum wie im Vorjahr (+2,7 vH) wahrscheinlich ist.

Erstmals seit Ende 1986 zogen die Preise in diesem Verwendungszweck wieder etwas an, auch wenn sich die durchschnittliche Verteuerung um 0,2 vH im Vergleich zum Vorjahr kaum bemerkbar machte. Allerdings verbergen sich hinter dem Durchschnitt sehr unterschiedliche Veränderungen, wobei vor allem die höheren Kartoffelpreise (+39 vH gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum) aus dem Rahmen fielen. Preiserhöhungen

waren auch bei Fisch (+7 vH) und Milch (+2,7 vH) zu registrieren. Demgegenüber waren etliche Nahrungsmittel billiger als vor Jahresfrist, beispielsweise Frischgemüse und Frischobst (um 13 vH bzw. 9 vH).

Die spürbare Nachfrageschwäche im Verwendungszweck *Kleidung und Schuhe* im zweiten Jahresviertel — realer Rückgang um mehr als 3 vH — konnte auch im Berichtszeitraum nicht überwunden werden, doch war der Niveauverlust nun weniger deutlich. Trotz der kräftigen Einbußen in den letzten beiden Quartalen zeigt aber der Vorjahresvergleich noch ein geringes Plus, da mit der lebhaften Nachfrage im Winterhalbjahr 1987/88 ein recht hohes Niveau erreicht worden war.

Ein sichtlich höheres Entwicklungstempo war bei den Ausgaben für *Wohnungsmieten* mit einem Anstieg um etwa 1,5 vH zu registrieren. Zuvor war dieses Aggregat lange Zeit kontinuierlich mit Raten von 1 vH von Quartal zu Quartal gewachsen. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf stärkere Mietpreissteigerungen (+2,6 vH).

Die Ausgaben für *Haushaltsenergie* expandierten um rund 1,5 vH. Bei im Durchschnitt rückläufigen Energiepreisen (–2,3 vH gegenüber dem vorangegangenen Jahresviertel) stieg die reale Nachfrage mit mehr als 3 vH kräftig. Allerdings blieben damit — vor dem Hintergrund des im ersten Halbjahr stark gesunkenen Energieverbrauchs — die Käufe noch immer auf mäßigem Niveau, wie das Minus von 5 vH im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreswert zeigt. Zusammen mit den niedrigeren Preisen ergab sich so für die privaten Haushalte im Vergleich zum Vorjahr eine spürbare Entlastung bei den Energieausgaben. Entscheidenden Anteil daran hatte die Entwicklung beim Heizöl, das rund 15 vH weniger kostete als vor Jahresfrist. Da auch die reale Nachfrage hier weit geringer als im Jahr zuvor war (–13 vH), waren erhebliche Minderaufwendungen das Ergebnis.

Zu den wachstumsstärksten Bereichen innerhalb des privaten Verbrauchs zählte im Berichtszeitraum die Nachfrage nach Gütern der *Haushaltsführung*. Real wurde hier ein um knapp 1 vH höheres Ergebnis als im Quartal zuvor erzielt; der Abstand zum Vorjahr ist — vor allem aufgrund der regen Nachfrage zu Beginn dieses Jahres — mit rund 4 vH doppelt so hoch wie bei der Verbrauchsnachfrage insgesamt. Besonders gefragt waren erneut Möbel; der

¹ Analysiert werden in diesem Bericht — soweit nicht anders gekennzeichnet — saisonbereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV3) vorgenommen.

² Vgl. Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland setzt sich fort. Die ersten Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das dritte Quartal 1988. Bearb.: Karin Müller-Krumholz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 46/1988, S. 623 ff.

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland

Verwendungszwecke	1987	Ursprungswerte					Saisonbereinigte Werte ⁸⁾				
		1987	1987	1988	1988	1988	1987	1987	1988	1988	1988
		III	IV	I	II	III ⁷⁾	III	IV	I	II	III ⁷⁾
Mrd. DM zu jeweiligen Preisen											
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	243,29	61,03	65,02	59,20	62,01	62,62	61,0	61,4	62,8	62,0	62,6
Kleidung, Schuhe	95,87	21,91	31,15	21,49	23,30	22,26	23,9	24,7	25,0	24,4	24,3
Wohnungsmieten ²⁾	173,34	43,41	43,81	44,80	45,03	45,58	43,5	44,0	44,5	45,0	45,7
Haushaltsenergie ³⁾	52,23	11,80	13,64	13,94	11,48	10,97	13,4	13,2	12,0	12,3	12,4
Haushaltsführung	100,53	23,84	29,57	25,33	25,45	25,06	25,3	25,9	26,9	26,2	26,5
Gesundheits- u. Körperpflege	52,69	13,13	13,74	13,46	13,55	13,69	13,2	13,5	13,5	13,7	13,8
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	173,60	43,35	44,90	41,18	48,20	44,69	43,8	44,7	44,5	44,7	45,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	108,03	26,07	32,45	26,02	25,93	27,10	27,1	27,7	28,0	27,7	28,1
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	76,17	19,73	20,14	18,61	20,18	21,07	19,3	19,5	19,8	20,2	20,6
Privater Verbrauch ⁵⁾	1 112,03	277,11	302,65	271,42	284,13	286,57	279,5	284,1	286,2	285,6	288,9
Veränderung in vH gegenüber											
		Vorjahr					Vorquartal				
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	2,0	1,6	2,3	4,7	2,0	2,6	0,4	0,7	2,3	-1,3	0,9
Kleidung, Schuhe	3,3	0,7	4,6	7,8	1,8	1,6	0,2	3,6	0,9	-2,4	-0,4
Wohnungsmieten ²⁾	4,3	4,3	4,2	4,3	4,4	5,0	1,0	1,0	1,2	1,1	1,6
Haushaltsenergie ³⁾	-6,6	2,5	8,6	-6,8	-3,0	-7,0	2,9	-1,2	-9,2	2,3	1,4
Haushaltsführung	5,2	5,2	5,6	10,7	5,0	5,1	1,8	2,7	3,6	-2,5	1,2
Gesundheits- u. Körperpflege	3,3	3,5	3,7	4,7	4,6	4,3	1,0	1,7	0,6	1,2	0,7
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	6,7	8,1	8,0	7,9	2,1	3,1	-0,2	2,0	-0,5	0,4	1,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	3,9	4,2	4,2	6,8	3,1	4,0	0,7	2,2	1,2	-1,2	1,5
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	8,0	8,4	7,9	6,9	6,8	6,8	1,7	0,9	1,5	2,0	2,3
Privater Verbrauch ⁵⁾	4,1	4,3	5,3	5,7	3,1	3,4	0,8	1,6	0,8	-0,2	1,1
Mrd. DM zu Preisen von 1980											
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	208,62	52,42	56,32	50,81	52,72	53,68	52,3	52,7	54,0	53,3	53,6
Kleidung, Schuhe	78,68	17,98	25,46	17,52	18,86	18,00	19,6	20,2	20,4	19,7	19,6
Wohnungsmieten ²⁾	135,33	33,80	34,01	34,52	34,52	34,61	33,9	34,1	34,3	34,5	34,7
Haushaltsenergie ³⁾	50,20	11,39	12,87	13,64	11,18	10,81	12,7	12,9	11,8	11,7	12,0
Haushaltsführung	83,52	19,74	24,50	20,92	20,94	20,51	20,9	21,4	22,2	21,5	21,7
Gesundheits- u. Körperpflege	41,85	10,43	10,87	10,63	10,68	10,76	10,5	10,6	10,7	10,8	10,8
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	146,76	36,81	37,95	34,68	39,64	37,01	37,1	37,8	37,3	37,0	37,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	93,42	22,64	28,08	22,22	22,14	23,37	23,4	23,8	24,1	23,8	24,1
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	59,80	15,35	15,63	14,38	15,50	15,84	15,0	15,1	15,3	15,5	15,5
Privater Verbrauch ⁵⁾	924,72	229,72	252,11	224,47	232,45	234,20	232,0	235,7	236,7	234,4	236,4
Veränderung in vH gegenüber											
		Vorjahr					Vorquartal				
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	2,7	2,4	3,2	5,1	2,3	2,4	0,4	0,9	2,3	-1,3	0,5
Kleidung, Schuhe	1,9	-0,6	3,3	6,6	0,3	0,1	-0,3	3,0	1,2	-3,2	-0,7
Wohnungsmieten ²⁾	2,3	2,3	2,2	2,3	2,3	2,4	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7
Haushaltsenergie ³⁾	0,5	6,1	10,4	-5,0	-3,5	-5,1	4,4	1,9	-9,0	-1,1	3,2
Haushaltsführung	4,0	3,7	4,5	9,5	3,8	3,9	1,4	2,4	3,5	-3,0	0,8
Gesundheits- u. Körperpflege	2,1	2,3	2,6	3,8	3,6	3,2	0,7	1,3	0,8	0,8	0,4
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	5,4	6,9	5,8	6,4	0,6	0,5	1,0	1,7	-1,2	-0,9	0,9
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	3,2	3,3	3,5	5,7	2,1	3,2	0,3	1,8	1,2	-1,3	1,4
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	5,6	5,1	4,6	3,7	3,7	3,2	0,1	0,5	1,5	1,0	0,3
Privater Verbrauch ⁵⁾	3,5	3,5	4,4	4,6	1,8	2,0	0,7	1,6	0,4	-1,0	0,8
Preisentwicklung ⁶⁾ : Veränderung in vH gegenüber											
		Vorjahr					Vorquartal				
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	-0,6	-0,8	-0,8	-0,4	-0,3	0,2	0,1	-0,2	-0,1	0,1	0,4
Kleidung, Schuhe	1,3	1,3	1,3	1,2	1,5	1,5	0,4	0,2	0,3	0,7	0,4
Wohnungsmieten ²⁾	1,9	1,9	1,9	2,0	2,1	2,6	0,4	0,5	0,6	0,6	0,9
Haushaltsenergie ³⁾	-7,0	-3,3	-1,6	-2,0	0,6	-2,1	-0,8	-1,9	0,3	2,0	-2,3
Haushaltsführung	1,1	1,4	1,1	1,1	1,2	1,2	0,5	0,0	0,3	0,4	0,4
Gesundheits- u. Körperpflege	1,2	1,2	1,2	0,9	1,0	1,1	0,3	0,4	-0,1	0,4	0,4
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	1,2	1,1	2,1	1,4	1,5	2,5	-1,1	0,3	0,8	1,1	0,4
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	0,7	0,9	0,7	1,1	1,0	0,7	0,4	0,3	0,3	0,1	0,0
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	2,3	3,1	3,2	3,1	3,1	3,5	1,6	0,5	0,3	0,8	1,8
Privater Verbrauch ⁵⁾	0,5	0,7	0,9	1,1	1,3	1,4	0,0	0,0	0,4	0,7	0,3

1) Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — 2) Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen. — 3) Elektrizität, Gas, Brennstoffe. — 4) Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Banken, der Versicherungen u.a. — 5) Der private Verbrauch setzt sich zusammen aus den nach Verwendungszwecken unterteilten Käufen der privaten Haushalte im Inland (Inlandskonzept der VGR), dem Eigenverbrauch der Organisationen ohne Erwerbszweck und dem sogenannten Reisesaldo, d.h. dem privaten Verbrauch von Inländern in der übrigen Welt abzüglich des privaten Verbrauchs von Gebietsfremden im Inland. — 6) Auf der Basis 1980 = 100, Preisentwicklung nach VGR. — 7) Vorläufige Berechnung des DIW. — 8) Nach dem Berliner Verfahren (BV3). Die absoluten Werte wurden gerundet.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes. Vierteljährliche Aufteilung nach Verwendungszwecken: Berechnung des DIW. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

entsprechende Zweig des Facheinzelhandels setzte im Berichtsquartal wertmäßig 9 vH mehr ab als in der gleichen Vorjahreszeit. Anhaltend lebhaft war auch die Nachfrage nach elektrotechnischen Haushaltsgeräten, insbesondere nach Mikrowellengeräten und nach Großgeräten wie Geschirrspülern und Wäschetrocknern.

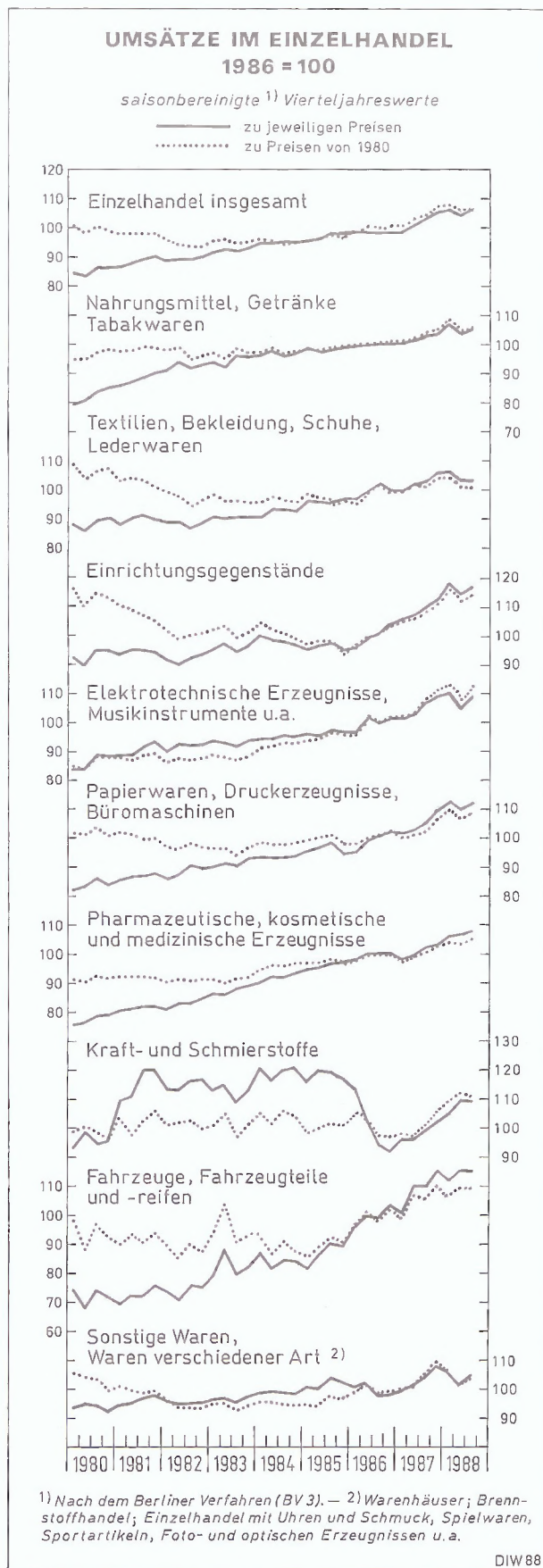
Die Ausgaben für Güter der *Körper- und Gesundheitspflege* nehmen seit dem Frühjahr 1987 relativ gleichmäßig zu. Bei geringfügigen Preiserhöhungen — der Abstand zum Vorjahr beträgt derzeit rund 1 vH — war die reale Nachfrageentwicklung sehr ähnlich. Das hohe Nachfrageniveau wird hier weniger durch die aktuelle saisonbereinigte Rate dokumentiert — im dritten Jahresviertel expandierte das Verbrauchsvolumen mit knapp 0,5 vH unterdurchschnittlich — als durch den Vorjahresvergleich, der einen um gut 3 vH höheren Wert ausweist und damit deutlich über der Wachstumsrate des privaten Verbrauchs liegt.

Die reale Nachfrage im Verwendungszweck *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* stieg zwar mit 1 vH etwa wie der Konsum insgesamt, doch wurden damit gerade die Einbußen vom vorangegangenen Quartal kompensiert. Daß die Nachfrage in diesem Bereich inzwischen erheblich an Dynamik verloren hat, macht auch der Vorjahresvergleich deutlich, der sowohl für das zweite als auch das dritte Quartal nur eine geringe Zunahme ergibt. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die Entwicklung der Nachfrage nach Kraftfahrzeugen, von der seit dem Frühjahr kaum noch Impulse auf den privaten Verbrauch ausgehen. Die lange Zeit lebhafteste Autokonjunktur hat mittlerweile den Höhepunkt überschritten, sichtbar in den gegenüber dem Vorjahr nachlassenden Zulassungszahlen. Im dritten Jahresviertel gab es hier ein Minus von knapp 2 vH, das unter konjunkturellen Gesichtspunkten sogar zu günstig ausfällt, da das überraschend hohe Septemberergebnis steuerliche Gründe hatte³.

Im Unterschied zu den meisten anderen Verwendungszwecken gibt es in diesem Nachfragebereich größere Divergenzen zwischen der realen und nominalen Entwicklung. Trotz der Verbilligung von Kraftstoffen war der durchschnittliche Preisindex um 2,5 vH höher als im Vorjahr. Wesentlich teurer waren vor allem Kfz-Dienstleistungen (+4,6 vH), Reparaturen (+3,6 vH) und Personenkraftwagen (+3 vH).

Die Nachfrageentwicklung bei den Gütern des Verwendungszwecks *Bildung, Unterhaltung, Freizeit* war im Be-

³ Im September wurde mit 253 000 Neuzulassungen ein neues Rekordergebnis für diesen Monat erzielt. Ausschlaggebend dafür war sicherlich, daß es seit dem 1. Oktober für Personenkraftwagen mit mehr als zwei Liter Hubraum keine Steuerbefreiung mehr gibt, auch wenn sie mit einem Katalysator ausgerüstet sind. Deshalb dürften zahlreiche erst für die nächste Zeit geplante Autokäufe vorgezogen worden sein. Auch dürften viele Händler ihre Fahrzeuge vorsorglich angemeldet haben, um auch nach dem 1. Oktober noch einen Steuerbonus anbieten zu können. Die stark rückläufige Zulassungszahl im Oktober (-16 vH gegenüber dem Vorjahr) stützt diese Vermutungen.



richtszeitraum wieder deutlich nach oben gerichtet. Die preisbereinigte Rechnung weist einen um knapp 1,5 vH höheren Wert als im vorangegangenen Quartal aus; auch im Vergleich zum Vorjahr (+3 vH) war der Zuwachs überdurchschnittlich. Mit diesem Ergebnis setzte sich die schon länger anhaltende, lediglich durch die Schwäche im zweiten Jahresviertel kurzfristig unterbrochene, günstige Konjunktur in diesem Bedarfsbereich fort. Gestützt wurde dies insbesondere von der Nachfrage nach Gütern der Unterhaltungselektronik, wie die reale Absatzsteigerung des Radio- und Fernseh Einzelhandels von 5 vH gegenüber dem Vorjahr verdeutlicht. Erneut war hier der wertmäßige Anstieg (+3 vH) geringer, da auf diesem hart umkämpften Markt Preiszugeständnisse nicht zu vermeiden sind; Phono- und Videogeräte beispielsweise waren um mehr als 5 vH billiger als ein Jahr zuvor. Ähnlich war die Situation auf dem seit langem expansiven Fotomarkt. Bei einem kräftigen realen Nachfrageplus von rund 5 vH konnte der entsprechende Einzelhandelszweig wertmäßig nur gut 1 vH mehr absetzen als im Vorjahr.

Wegen des hohen Anteils von Dienstleistungen im Verwendungszweck *persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen* — allein auf Dienstleistungen von Banken und Versicherungen entfällt etwa die Hälfte der Ausgaben in diesem Bereich — ist der Nachfrageverlauf hier gleichmäßiger als in anderen Verwendungszwecken. Zwar war im Berichtszeitraum der reale Anstieg nur mäßig, wegen der kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung ergibt sich jedoch im Vergleich zum Vorjahr eine überdurchschnittliche Zunahme von reichlich 3 vH. Wesentlich steiler verlief die nominale Entwicklung, bedingt durch überaus kräftige Preissteigerungen bei einigen Dienstleistungen (z.B. Versicherungsbeiträge

+5,4 vH gegenüber dem Vorjahr). Der Ausgabenanstieg vom zweiten zum dritten Quartal hatte mit über 2 vH ein beachtliches Ausmaß, erkennbar auch im Vorjahresvergleich (+6,8 vH).

Ausblick

Die Konsumnachfrage wird auch im letzten Jahresviertel 1988 kräftig bleiben. Wahrscheinlich wird es aber zu einer größeren Differenzierung der Nachfrage in den Gütergruppen kommen. Die bisher vorliegenden Daten deuten wohl auch deshalb nicht auf ein sehr starkes Verbrauchswachstum hin. Wie schon erwähnt, sind die Neuzulassungen von Personenkraftwagen im Oktober erheblich zurückgegangen. Auch der Einzelhandel insgesamt mußte im gleichen Monat einen Rückschlag hinnehmen, er verfehlte den realen Umsatz vom Vorjahr um 2 vH. Über das Weihnachtsgeschäft wurde aber bisher insgesamt Zufriedenheit geäußert.

Die jüngste Entwicklung des Konsumklima-Index⁴ zeigt ein gestiegenes Konjunkturvertrauen der Verbraucher sowie eine anhaltend hohe Bereitschaft zum Kauf von langlebigen Konsumgütern. Insofern ist auch im letzten Quartal dieses Jahres mit einer Ausweitung der realen Verbrauchsnachfrage zu rechnen. Damit behält der private Verbrauch zunächst seine konjunkturstützende Wirkung. Die Expansion für 1988 insgesamt wird aber die lange erwartete Rate von 3 vH nicht erreichen, sondern knapp 2,5 vH betragen.

⁴ Berechnet von der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (Nürnberg) im Auftrag der EG-Kommission.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr.122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr.123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr.124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr.125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr.126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr.127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr.128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr.129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr.130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr.131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr.132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr.133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr.134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.
- Nr.135 **Elemente regionaler Wohnungsmarkmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarkanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr.136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr.137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr.138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr.139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr.140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr.141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr.142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr.143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. DM 56,—.
- Nr.144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. DM 54,—.
- Nr.145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer · 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp (beurlaubt)

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Peter Ring, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Aspekte der Sozialhilfe in der Bundesrepublik Deutschland. Bearbeitet von Kornelia Hagen und Volker Meinhardt. —
Konsum tendenziell weiter steigend. Bearbeitet von Jochen Schmidt.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEN-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten